Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

235 (7.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 235 | Freitag, den 7. Oktober 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Auf Grund der letzten Notverordnung erfolgt gegenwärtig eine Nachprüfung der Spitzengehälter im Gelsenkirchener Konzern.

*

Auf der deutschnationalen Reichsführertagung hielt Geheimrat Dr. Hugenberg eine große politische Rede.

*

Im Völkerbund gab es auf deutsche Anregung eine lebhafte Aussprache über den mangelnden Minderheitenschutz.

*

Die Verhandlungen über die Reorganisation landwirtschaftlicher Banken sollen vor dem Abschluß stehen.

*

Die Viermächte-Konferenz in London, die Deutschlands Rückkehr nach Genf zur Abrüstungskonferenz herbeiführen sollte, scheint an französischen Einwänden zu scheitern. In London hofft man immer noch auf ein Zustandekommen der Konferenz.

*

Das englische Auswärtige Amt gibt bekannt, daß die italienische Antwort auf die englische Einladung zur Gleichberechtigungskonferenz eingetroffen ist, die eine vorbehaltlose Zustimmung der italienischen Regierung zum Ausdruck bringt.

*

Dr. Hugenberg hat in einem Brief an den Reichskanzler die Beseitigung der schweren sozialen Lasten der Juni-Notverordnung gefordert. In der Parteivorstandssitzung der D.N.V.P. wurde mitgeteilt, daß die deutschnationale Jugend und die Kampforganisation der Partei sich den Kampfruf „Heil Deutschland" zu eigen machen solle.

*

Bei einer von einer amerikanischen Zeitschrift vorgenommenen Probeabstimmung für die Präsidentenwahlen hat Roosevelt 415 000 Stimmen erhalten, während für Hoover nur 326 000 Stimmen abgegeben wurden.

*

Der rumänische Ministerrat hat überraschend beschlossen, die vom Völkerbund aufgestellten Bedingungen zur Ordnung der rumänischen Finanzen abzulehnen.

*

Das japanische Marineministerium hat im Zusammenhang mit der Spannung der politischen Lage vom Kabinett eine Erhöhung der Ausgaben für die Marine verlangt.

Handelspolitische Einigung zwischen Deutschland und Südafrika?

T.U. **London**, 6. Okt. „Exchange Telegraph Company" meldet aus Johannisburg (Südafrika): Es wird zuverlässig erklärt, daß zwischen Deutschland und der südafrikanischen Union ein freundschaftliches Einvernehmen zustande gekommen ist, auf Grund dessen der deutsch-südafrikanische Handelsvertrag so abgeändert worden ist, daß er Südafrika die Möglichkeit gibt, dem anderen Teil des britischen Weltreiches entsprechend den Ottawaer Abmachungen Vorzugsbehandlung zu gewähren, ohne daß entsprechende Zugeständnisse an Deutschland gemacht werden müssen.

Der Reichsinnenminister über die Pläne des studentischen Werkjahres

T.U. **Berlin**, 6. Okt. In der Sitzung des Hauptausschusses des deutschen Industrie- und Handelstages nahm der Reichsinnenminister, Freiherrn von Gayl, nach einem Vortrag von Dr. Schairer vom Deutschen Studentenwerk Stellung zu den Plänen des studentischen Werkjahres. Bei diesen in Aussicht genommenen Maßnahmen handele es sich, so führte der Minister aus, um einen Ausschnitt aus dem Gesamtwerk der großen Aufgaben, die auf dem Gebiete des Bildungswesens zu erfüllen seien, darunter auch die vom Deutschen Industrie- und Handelstag seit langem bekämpften Fehlerscheinungen des „Berechtigungswesens". Wenn das Werkjahr einen Sinn haben solle, so müsse einfachste und ernste Arbeit von den Werkjahresstudenten verlangt werden. In dieser Richtung würden die Arbeiten im Reichsinnenministerium fortgeführt werden.

Schneestürme in Mittelnorwegen

Das Getreide vernichtet.

T.U. **Oslo**, 6. Okt. Schneestürme haben in Mittelnorwegen große Verheerungen angerichtet, vor allem in der Gegend von Drontheim und Röros. Das noch auf den Feldern stehende Getreide wurde größtenteils vernichtet. Stellenweise liegt der Schnee eineinhalb Meter hoch. Verkehrsomnibusse blieben auf den Landstraßen stecken.

Was wird in London?

Londoner Stimmen

London, 6. Okt. „Daily Telegraph" schreibt, **in britischen amtlichen Kreisen hege man jetzt keine Hoffnung mehr auf ein Zustandekommen der Viermächtekonferenz, man rechne vielmehr mit einer vorläufigen Fortsetzung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz ohne Deutschland.**

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" sagt, in einigen Kreisen werde es für möglich gehalten, daß die Abrüstungskonferenz durch Annahme gewisser **Entschließungen**, von denen diejenige, die eine entschiedene Rüstungsverminderung versprechen würde, Deutschland zu einer Neuerwägung seiner Haltung veranlassen könnte. In anderen Kreisen werde ein solches Verfahren für hoffnungslos gehalten. Inzwischen frage es sich, ob es nicht unter den gegebenen Umständen angebracht wäre, daß Großbritannien und Italien als Garantiemächte des Locarnovertrages über die besten Mittel zur Behandlung der deutsch-französischen Schwierigkeiten beraten.

Die „Times" meint, es sei noch nicht sicher, und an anderer Stelle, es sei **„nicht wahrscheinlich", daß die Konferenz zustandekommen werde.** Das Blatt erklärt, bisher habe nur Italien die Londoner Einladung angenommen. Das französische Kabinett habe keine Entscheidung getroffen. Angeblich wünsche Herriot genauere Aufschlüsse darüber, was geplant werde, bevor er sich festlege. Auch aus Berlin liege noch keine Antwort vor. Macdonald habe den 11. Oktober für die Konferenz vorgeschlagen. Wenn die Konferenz doch noch zustande komme, dann werde es wahrscheinlich einige Tage später werden. Angesichts der Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie an der Gleichberechtigung nicht interessiert sei, sei keine Einladung an Washington gesandt worden. Doch verlaute, daß ein amerikanischer Vertreter als Beobachter eingeladen werden solle.

Was wird in London?

Berlin, 6. Okt. Zu den verschiedenen Aeußerungen der in- und ausländischen Presse über die Frage, ob die Londoner Konferenz überhaupt noch zustande kommen wird, wird von unterrichteter Seite festgestellt, **daß tatsächlich das Schicksal der Londoner Konferenz noch völlig unklar und noch nicht entschieden ist, ob die Konferenz überhaupt stattfindet oder nicht.** Die deutsche Regierung erwartet auf alle Fälle einen Bescheid der englischen Regierung, da ja England als einladende Macht Deutschland eine Mitteilung machen muß. Von dieser Mitteilung wird es auch abhängen, ob sich das Reichskabinett mit der ganzen Frage beschäftigen wird. Sollte im Laufe des Tages eine Mitteilung der englischen Regierung eingehen, daß die Konferenz nicht stattfindet, dann ist naturgemäß eine Kabinettsberatung dazu noch völlig überflüssig. Bleibt diese Mitteilung aber bis morgen aus, so wird das Reichskabinett zur Frage der Londoner Konferenz Stellung nehmen. Der deutsche Standpunkt an sich ist völlig klar. Deutschland ist nach wie vor selbstverständlich bereit, der Einladung Folge zu leisten, wenn die bekannten Voraussetzungen erfüllt werden.

*

England hofft noch auf Londoner Konferenz

London, 6. Okt. Wie Reuter erfährt hegen die amtlichen englischen Kreise noch die Hoffnung, daß eine Konferenz der fünf Mächte stattfinden wird. Allerdings bestünden im allgemeinen noch starke Zweifel. Deutschland und Frankreich hätten die englische Einladung bisher weder beantwortet, noch ihre Haltung amtlich zum Ausdruck gebracht, während Italien bereits angenommen habe. An die Vereinigten Staaten sei keine formelle Einladung ergangen; dagegen habe man ihnen die Teilnahme an der Konferenz nahegelegt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

*

Die geplante Londoner Konferenz bis auf weiteres vertagt.

T.U. **Paris**, 6. Okt. **Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der englische Botschafter, Lord Tyrrell, am Donnerstag nachmittag am Quai d'Orsay vorgesprochen, wo er im Auftrage seiner Regierung mitteilte, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Zeitpunkt für den Zusammentritt der geplanten Londoner Konferenz bis auf weiteres vertagt worden sei. Die Besprechungen zwischen London und Paris würden im freundschaftlichen Geiste fortgesetzt.**

Aussprache über Minderheiten in Genf

Rede des deutschen Vertreters

Genf, 6. Okt. In der politischen Kommission der Völkerbundsversammlung stand auf Antrag der deutschen Regierung **die allgemeine Lage der Minderheiten** zur Behandlung. Der Führer der deutschen Delegation, Gesandter von Rosenberg, legte den Standpunkt der deutschen Regierung dar und führte u. a. aus: In den letzten beiden Jahren ist in dieser Kommission eingehend über die Handhabung des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund gesprochen worden. Dabei sind mannigfache Mängel der geltenden Verfahrensvorschriften zur Erörterung gekommen. Das seit der letzten Aussprache verflossene Jahr hat leider gezeigt, daß bei vielen Minderheiten von einer befriedigenden Gestaltung ihrer Lage keineswegs gesprochen werden kann.

Bei den Beschwerden, die die Minderheiten an die Organe des Völkerbundes richten, wird der Petent bekanntlich nicht als Partei angesehen, so daß ihm kein Anspruch auf Gehör im Laufe des Verfahrens zugebilligt wird. Insbesondere wird ihm keine Gelegenheit gegeben, zu den Bemerkungen der beteiligten Regierungen Stellung zu nehmen. Dem Petenten als dem Schwächeren darf nicht zugunsten der beteiligten Regierung als dem Stärkeren das letzte Wort versagt werden. Der zweite Punkt ist die Langsamkeit der Erledigung von Minderheitsbeschwerden. Nur in den wenigsten Fällen erfährt die Oeffentlichkeit, zu welchem Ergebnis das Verfahren vor dem Völkerbundsinstanzen bei der Prüfung von Minderheitsbeschwerden geführt hat. Diese weitgehende Geheimhaltung ist aus einem doppelten Grunde bedauerlich: einmal entsteht auf diese Weise nach außen hin ein falsches Bild von dem Stande des Minderheitenproblems und seiner Behandlung durch den Völkerbund, sodann würde aber eine größere Publizität erheblich dazu beitragen, den Schutz der Minderheiten wirksamer zu gestalten, und bei den Minderheiten das Gefühl der Sicherheit zu stärken. Weiter behandelte der deutsche Vertreter die Frage, ob von dem dokumentarischen Material eines Komitees in öffentlicher Verhandlung Gebrauch gemacht werden dürfe. Entgegen der Stellungnahme anderer Mächte müsse darauf hingewiesen werden, daß die Rechtsmäßigkeit eines solchen Verfahrens unbestreitbar sei. Ich möchte, so fuhr der deutsche Vertreter fort, des weiteren zur Erörterung stellen, ob es nicht ratsam sei, den Instanzen des Völkerbundes ein **permanentes Gremium von Persönlichkeiten** zur Verfügung zu stellen, die über die notwendige Sachkenntnis und Erfahrung verfügen und nicht von den Regierungen abhängig sind. Dieser Gedanke scheint nur die ernsteste Beachtung zu verdienen. Die Nationalitätenfrage ist nicht ein Problem zwischen zwei Staaten, sondern zwischen zwei Völkern. Es handelt sich nicht um Machtfragen, sondern um die Frage des Verhältnisses zweier Nachbarn zueinander.

In der Aussprache gab der Vertreter **Jugoslawiens** im Namen Griechenlands, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens die Erklärung ab, daß die genannten Länder **es ablehnen müßten, die Rechte**, die die Minderheitenverträge ausschließlich dem Völkerbundsrat vorbehalten hätte, **der Völkerbundsversammlung und der politischen Kommission zu übertragen.** Sie stünden demgemäß auf dem Standpunkt, daß die heutige Verhandlung nicht den Gegenstand einer Resolution bilden dürfe, die der Völkerbundsversammlung überwiesen würde.

Der Delegierte **Norwegens, Andvor**, forderte in einer längeren Rede den Ausbau des Minderheitenschutzverfahrens und stimmte weitgehend den Anregungen des deutschen Delegierten zu. Er erklärte, daß das Recht der Ratsmitglieder, eine Frage vor den Rat zu bringen, in keiner Weise eingeschränkt werden dürfe. Andvor machte den Vorschlag, daß die Dreierkomitees in ihren Berichten dem Rat nicht nur die Tatsachen, sondern auch die Motive schildern sollten. Nach dem norwegischen Delegierten sprach der Vertreter **Dänemarks**, der sich weitgehend den Anregungen des norwegischen Delegierten anschloß. Der Vertreter **Ungarns** erklärte seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des deutschen Delegierten.

Der polnische Außenminister **Zaleski** führte aus, daß man bei Schaffung des Minderheitenschutzsystems bezweckt habe, unter Aufrechterhaltung der Rechte der Ratsmitglieder jede direkte Intervention der Staaten auszuschalten. Man habe damals geglaubt, daß die Minderheiten abseits aller politischen Bewegungen behandelt werden könnten. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß dies nicht der Fall sei. Polen halte an seinem bisherigen Standpunkt fest, daß die Minderheitenschutzverpflichtungen auf alle Staaten, in denen Minderheiten lebten, ausgedehnt würden. Auch der Vertreter **Oesterreichs** sprach sich für den Ausbau des Minderheitenschutzvertrages aus. Der Vertreter **Bulgariens** betonte, daß das ungelöste Minderheitenproblem eine der Hauptursachen für Verstimmungen und Konflikte unter den Völkern bilde.

Fälschungen im Pariser Luftfahrt-Skandal

Paris, 6. Okt. Die Angelegenheit des angeblichen Luftfahrt-Skandals, wonach der Direktor der zivilen Luftfahrt im Luftfahrtsministerium Chaumie, von dem Verwalter der Flugzeugmotorenfirma Gnome et Rhone und der Luftfahrtgesellschaft Cidna, Paul Louis Weiller, bestochen worden sei, um seine Zustimmung zur Abgabe eines großen Aktienbündels der Gesellschaft Gnome et Rhone an die Lufthansa zu geben, hat zum Erlaß eines Haftbefehls gegen den Fälscher der Aktenstücke, Collin, geführt. Collin erklärte dem Untersuchungsrichter, er sei vor kurzem von zwei hochstehenden Persönlichkeiten aufgefordert worden, sich als Urheber der von Bouilloux-Lafont eingerichteten Aktenstücke zu erklären. Hierfür sollte er 25 000 Franken und eine monatliche Rente von 5000 Franken bis zum Lebensende erhalten. Bouilloux-Lafont erklärte, daß er für die ihm übergebenen Aktenstücke im ganzen 50 000 Franken bezahlt habe. Die letzten Schecks, die auf den Namen des ehemaligen Luftfahrtministers Dumesnil und des Abgeordneten Renaudel ausgestellt waren, seien ihm von einem gewissen Jean de Luberiac übergeben worden. Der Untersuchungsrichter erließ daraufhin sofort einen Haftbefehl gegen den Genannten. Innenminister Chautemps erklärte im Anschluß an den Ministerrat den versammelten Pressevertretern, daß man im Zusammenhang mit dem „Luftfahrt-Skandal" nunmehr Gewißheit habe, daß es sich um Fälschungen handle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hugenberg-Rede

auf der deutschnationalen Reichsführertagung

Berlin, 6. Okt. Geheimrat Dr. Hugenberg führte in seiner Ansprache auf der deutschnationalen Reichsführertagung u. a. aus: Wir haben heute in anderen Formen abermals einen Kampf gegen einen zweiten Youngplan zu führen. Dies sei der Kampf um die Regelung der **privaten Auslandsschulden**, die die ausgesaugte deutsche Wirtschaft einfach nicht mehr tragen könne. Er schilderte dann das Verhältnis zu den Nationalsozialisten. Wenn die Nationalsozialisten jetzt die Schwenkung zum reinen Sozialismus mitmachten, dann müßten sie daran zerbrechen. Die Entwicklung dürfe nicht wieder zurück zum Parlamentarismus gehen. Die Mittelparteien hätten die letzten Jahre nicht verstanden und damit ihren eigenen Untergang, aber auch die Bedeutungslosigkeit des Bürgertums verschuldet. Dem neuen Kabinett gegenüber hätten die Deutschnationalen den Standpunkt angenommen, daß es nach seinen Taten beurteilt würde. Abgesehen davon, daß zum ersten Mal ein Kabinett ohne schwarz-rote Mitwirkung zustande gekommen sei, habe die Regierung Papen das Verdienst, Preußen vom Marxismus befreit zu haben und zwar ohne Bürgerkrieg. Das hindere nicht, zu betonen, daß viele unerfüllte Wünsche und mancher Grund zur Besorgnis vorhanden seien. Die politische Konjunktur sei heute eine ganz andere als 1928. Heute sei es möglich, daß auf die Krise ein Umschwung folge, damit aber auch eine Abkehr von dem Radikalismus. Diese Entwicklung schließe die Gefahr des Wiederversinkens in den Opportunismus und den Hang zum Paktieren mit dem Parlamentarismus ein. Die Regierung dürfe nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Reichspräsidentschaft Hindenburgs gelöst werden müßten, vor allem eine durchgreifende **Wirtschaftsreform** und die **Verfassungsreform**. Auch andere Aufgaben, wie die Erneuerung des Beamtetnums und die Sanierung der Landwirtschaft wären noch durchzuführen, wenn auch der grundsätzliche Uebergang zum Kontingentsystem ein großer Schritt vorwärts sei. Das Problem der Schuldenregelung müsse durch einen autonomenn Schritt der Regierung angefaßt werden. Hier sei nicht mit Teilmaßnahmen weiter zu kommen. Die Sozialisierungspolitik Brünings, wie sie durch die dauernden Subventionen großer Betriebe gefördert sei, müsse schleunigst wieder gut gemacht werden. Dieser notwendigen Entsozialisierung ständen gleich die notwendigen Reformarbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Ein neuer Mittelstand müsse geschaffen und der alte gestärkt werden. Aufhebung der aus der Erbschaft Brünings übernommenen sozialpolitischen Härten insbesondere auf dem Gebiete der Rentenkürzung sei dringend notwendig. Die Unterstützung des Kurses der Regierung Papen bedeutet keine Blankovollmacht.

In diesem Wahlkampf stehe die Deutschnationale Volkspartei als die einzige Parteibewegung da, die die bisherigen Stürme überstanden habe und in der Lage sei, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in einer für die Zukunft der Nation notwendigen Form durchzuführen. Die Deutschnationalen gingen ihren geraden Weg. Sie lehnten jede unklare Bindung und jede Verwischung ihrer Ziele ab. Aber sie öfneten die Tore weit für alle diejenigen, die sich mit ihnen zu gleichen Zielen verbunden fühlten. Gegenüber den Versuchen der Nationalsozialisten, den Kampf der Deutschnationalen durch planmäßige Störung ihrer Versammlungen zu hemmen, sei gesagt, daß die Deutschnationalen sich auch gegenüber diesen durchsichtigen Absichten durchzusetzen wissen würden.

Hitler-Rede

bei der Reichspropagandatagung der N.S.D.A.P.

T.U. **München**, 6. Okt. Die Reichspressestelle der N.S.D.A.P. teilt mit: Im Mittelpunkt der heutigen Reichspropagandatagung der N.S.D.A.P. stand die Kampfparole Adolf Hitlers für den beginnenden großen Wahlkampf. In seinen Ausführungen wies Adolf Hitler darauf hin, daß die Widerstände, die sich der nationalsozialistischen Bewegung heute noch entgegenstellten, jener letzte Ansturm vereinigter Gegner seien, der sich jede Bewegung gegenübersehe, wenn sie sich der letzten Entscheidung vor dem Siege nähere. Der Nationalsozialismus sei eine so umwälzende Bewegung, daß ihr Sieg kein leichter sein könne. Die Geschichte kenne keine große Umwälzung, deren Erfolg von vornherein allen sichtbar gewesen sei. Immer habe erst die letzte Ausdauer und die letzte Entschlußkraft in den entscheidenden Kämpfen dem Stärkeren den Sieg garantiert. Die nationalsozialistische Bewegung, die nicht auf kurze Sicht aufgebaut sei, besitze in ihrer inneren Kraft diese ungeheure Beharrlichkeit und Zähigkeit, ohne auch nur einen Augenblick am Endsieg zu zweifeln. Hitler legte im Einzelnen dar, warum das Programm der Regierung von Papen zusammenbrechen müsse. Das wirtschaftliche Programm dieser Regierung könne nach allen vorhandenen Anzeichen bereits jetzt als erledigt gelten. Der innerpolitische Teil des Programms, der angeblich die Aufrichtung einer starken Autorität erstrebe, müsse an den geradezu lächerlichen Mitteln scheitern, mit denen man glaube, eine solche Autorität ohne die geringste Fundierung im Volke aufrecht erhalten zu können. Man könne ein System nicht einfach ersetzen durch irgendein neues Kabinett von Männern dieses gleichen Systems. Wenn man die parlamentarische Organisation ersetzen wolle, könne man das nicht durch eine Clique, die dem Volke ihren Willen aufzwingen wolle, sondern nur durch eine unparlamentarische Organisation, die bereits von unten her aus dem Volke selbst herausgewachsen sei. Der Regierung von Papen fehle eben die Nation als Kraftquelle und deshalb müsse auch zum Schaden des Volkes ihr außenpolitisches Programm scheitern. Hitler unterzog die außenpolitischen Methoden der Regierung von Papen, die Deutschland in eine völlige Isolierung hineintrieben, einer scharfen Kritik, und zeichnete die positive Linie einer nationalsozialistischen Außenpolitik. Auch auf diesem Gebiete sei es nichts mit den frommen Wünschen der Regierung von Papen, „den Nationalsozialisten das Dritte Reich vorweg zu nehmen". Hitler gab sodann die Richtlinien und Grundsätze für die politische Tendenz des Wahlkampfes bekannt. Er führte zum Schluß seiner immer wieder von stürmischer Zustimmung unterbrochenen Rede nach dem Bericht der N.S.K. aus: „Im Bewußtsein für das Recht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen, geht die nationalsozialistische Bewegung, von dem gleichen Kampfgeist beseelt, mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den Wahlkampf hinein. Sie besitzt in ihrer Organisation alle Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes, die überhaupt denkbar sind. Jeder Einzelne wird sich einsetzen bis zum äußersten. Wir Nationalsozialisten werden der Nation ein unerhörtes Vorbild unserer Willenskraft geben. Es gibt Leute, die sagen, ehe die Wahl kommt, ist die Regierung Papen wirtschaftlich längst zusammengebrochen und erledigt. Aber Friedensresolutionen werden in der nationalsozialistischen Bewegung nicht gefaßt.

Wir werden für den 6. November kämpfen, als ob davon Deutschlands Sein oder Nichtsein abhängen werde. Ich sehe dem Kampf mit absoluter Zuversicht entgegen. Die Schlacht kann beginnen. In vier Wochen werden wir aus ihr als Sieger hervorgehen. Im Reichspräsidentenpalais wird dann wohl die Erkenntnis einhellig sein: Die nationalsozialistische Bewegung steht, sie ist da und wird niemals verschwinden. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man gibt ihr die Macht, oder man gibt sie ihr nicht. Dann werden sie von der Macht dieser Bewegung überwunden werden."

Verfassungs- Reichs- u. Wahlreformprogramm des Zentrums

T.U. **Köln**, 6. Okt. In einem Artikel in der „Kölnischen Volkszeitung" beschäftigt sich Reichsminister a. D. Dr. Bell mit der Verfassungs-, Reichs- und Wahlreform. Er führt u. a. aus: Pflichtgebot der Stunde sei es, in schwerster Notzeit durch zeitgemäße Reformen die Bahn freizumachen für die nationale Arbeitskraft und die volksverwurzelte Staatsführung einer vertrauenswürdigen und vertrauensgestärkten Regierung, deren unerschütterliche Verfassungstreue dem Volksganzen und der Gemeinschaftsarbeit aller staatsverbundenen Volkskräfte zu dienen bestimmt ist. In den nächsten Tagen werde von dem Zentrumsführer ein ausführliches Reformprogramm bekannt gegeben werden. Er glaube jedoch jetzt schon einige skizzierende Bemerkungen dazu machen zu sollen:

Was die Reichsreform anlange, so müsse der Föderativcharakter des Reiches gefestigt und gestürzt werden, unbeschadet einer starken Reichsgewalt. Gegenüber dem auf die Dauer untragbaren Dualismus zwischen Reich und Preußen müßten die Zuständigkeitsgrenzen zwischen Reich und Ländern scharf abgesteckt werden. Die lebensfähigen Länder, insbesondere Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, seien als Länder alten Rechts in ihrem bisherigen Bestand mit den geltenden Zuständigkeiten zu erhalten und durch besondere Verfassungsvorschriften zu schützen. Bei Neuregelung der verfassungsrechtlichen Struktur Preußens sei die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der preußischen Provinzen ihre historische Eigenart und ihre besonderen Interessensphären in verdientem Ausmaße zu berücksichtigen. Das gleiche gelte von der verfassungsrechtlichen Neuregelung des Verhältnisses der übrigen norddeutschen und mitteldeutschen Länder zum Reich.

Bei der Verfassungsreform werde der Schwerpunkt liegen in der Neubildung einer mit dem Reichstag gleichberechtigten zweiten Kammer deren Zusammensetzung und Zuständigkeit mit besonderer Sorgfalt zu regeln ist. Es komme hinzu die Notwendigkeit verfassungsrechtliche und geschäftsordnungsmäßige Reformen einander anzugleichen zum Zwecke die Parlamentskrise zu lösen, ihre demokratischen Grundgesetze durch Loslösung vom Formalismus zu veredeln, die Volksvertretungen arbeitsfähig und aktionsfähig zu gestalten. Der gebotenen Rechtssicherheit und Volksberuhigung werde ein die Notstandsrechte des Reichspräsidenten aus Artikel der Reichsverfassung abgrenzendes Reichsgesetz dienen, ebenso eine Vorschrift, die durch bestimmte Voraussetzungen und Zeitbeschränkungen allzu häufige Reichstagsauflösungen und die damit untrennbar verbundenen politischen und wirtschaftlichen Schäden verhütet.

Die nicht minder schwierige aber staatsnotwendige Wahlrechtsreform werde in die richtigen Bahnen geleitet, wenn sie sich an die von der letzten Reichsparteitagung des Zentrums festgesetzten Richtlinien möglichst angliedere. Der Grundsatz bei der Wahlrechtsreform bleibe, die räumliche Ausdehnung der Wahlkreise eng zu gestalten und das Wahlsystem so einzurichten, daß für die Wahl des Abgeordneten seine Persönlichkeit und seine Vertrauenswürdigkeit, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder zu einem bestimmten Beruf den Ausschlag geben und ein inniges Band der Gemeinschaftsarbeit gewährleistet werde.

Deutschnationale Versammlungen gestört

Berlin, 6. Okt. Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete am Mittwoch abend acht Wahlversammlungen in verschiedenen Stadtgegenden, bei denen es überall zu heftigem Lärm und zu Störungsversuchen durch nationalsozialistische Versammlungsbesucher kam. Die Zwischenrufe und Störungen der Nationalsozialisten machten es in allen Fällen notwendig, daß die Polizei eingreifen mußte, um die Ruhestörer zu entfernen — teilweise geschah dies unter Anwendung des Gummiknüppels — um einen ordnungsmäßigen Ablauf der Versammlungen zu gewährleisten. In einigen Versammlungen mußten einzelne Störenfriede festgenommen werden.

In Essen kam es am Mittwoch abend in einer deutschnationalen Wahlversammlung ebenfalls zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Hauptredner, Reichstagsvizepräsident Gräf, konnte minutenlang nicht zu Worte kommen. Die Musikkapelle begann zu spielen, um den Lärm zu übertönen. Die Polizei mußte eingreifen und einige Störer aus dem Saale führen, unter ihnen den Führer der Essener Nationalsozialisten, Zilkens. Die im Saal verbliebenen Nationalsozialisten stimmten darauf Kampflieder an und verließen schließlich unter Kampfrufen die Versammlung.

Kriegsschuldenkonferenz Anfang nächsten Jahres in London

T.U. **London**, 6. Okt. Exchange Telegraph Company meldet aus Washington: Das Staatsdepartement erklärt, daß eine Konferenz über die an Amerika fälligen Kriegsschulden etwa Anfang nächsten Jahres stattfinden werde. Man glaubt, daß die Konferenz in London abgehalten werden soll.

Schlechte Aussichten für Hoover?

T.U. **Berlin**, 7. Okt. Wie die „D.A.Z." aus New-York meldet, veranstaltete dieser Tage die Zeitschrift „Literary Digest" eine Probeabstimmung für die Präsidentenwahlen. Das Ergebnis war 415 000 Stimmen für Roosevelt gegen 326 000 für Hoover. Von der Zeitschrift bei früheren Wahlen veranstaltete Probeabstimmungen ergaben häufig ein verhältnismäßig zutreffendes Bild vom Ausfall der eigentlichen Wahlen.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.) 36)

O, Rechenschaft tat not!

Kerkhoff sprach sich auf dieser Bergwanderung in eine furchtbare Wut hinein. Aber diesmal wollte er Zeugen zur Aussprache mitnehmen, damit man ihm hernach nicht wieder meuchlings einen Prozeß anhängen konnte . . .

Immer drohender traten die in der Morgensonne rotglühenden ungeheuren Felswände der Kalkriesen an die Talschlucht heran, immer steiler führte der Weg aufwärts. Endlich grüßte das Stripsenhaus von der Höhe des Jochs, beschaulich hingeschmiegt in den Sattel zwischen Stripsenjoch und Totenkirchl, wundervoll friedlich neben dem Felslabyrinth des schwierigen Kletterberges.

Im Stripsenjochhause herrschte bereits reges Leben. Als Kerkhoff die Jochhöhe erreichte, traten soeben vier junge Bergführer, große, sehnige Gestalten, den Marsch zum Teufelswurzgarten an. Sie trugen Seile gebrauchsfertig um die Brust geschlungen. An Gürtel und Rucksack klimperte allerhand „Schlosserei": Mauerhaken und Karabiner . . .

XXIV.

Ich will, ich muß noch zurechtkommen. Das war Tonis geheimer Wunsch und Vorsatz, als sie von Hinterbärenbad zum Stripsenjoch hinaufwanderte.

Der Besuch Kerkhoffs hatte alarmierend gewirkt. Alle guten Regungen im Herzen des Münchner Mädels waren frei geworden, alle Energien hatten sich zu einer einzigen, riesenhaften Spannung verdichtet. Kerkhoffs Vorwurf klang Toni in den Ohren: Verrat! Diese Belastung war unerträglich. Sie mußte getilgt werden, und wenn es die Seligkeit kostete!

Vidor . . . Ach, nun sah auch Toni ein, daß hinter der hübschen Maske dieses Menschen eine erschreckende Leere gähnte. Sicher hatte er sie längst vergessen. Toni glaubte ihn nunmehr durchschaut zu haben. Menschen seiner Art können schon mit einem Bein in der jenseitigen Welt stehen, ohne auch nur das Mindeste daraus zu lernen. Zurückgekehrt in dieses Leben, bleiben sie unverbesserlich.

Furchtbar dräute die Totenkirchl-Westwand. Ab und zu warf Toni einen ehrfürchtigen Blick auf den Berg. Was nur Vidor da oben zu suchen hatte? Ob er wirklich soviel Liebe zur Heimat in sich trug, daß er sie noch einmal aus stolzer Höhe zu sehen wünschte?

Dann schritt die federnde Mädchengestalt die letzte steile Wegstrecke zum Stripsenjoch hinan, kam mit klopfenden Pulsen oben an. Wie immer standen die Jochfinken mit gezückten Gläsern vor dem Hause, konnten sich nicht sattsehen an dem gefurchten Antlitz der aus Fels gemauerten Berge.

Einen Augenblick hielt Toni verschnaufend inne. Ihre Aufmerksamkeit galt den Touristen. Einen nach dem andern streifte sie mit prüfendem Blick. Dann betrat sie die Gasträume des Hauses. Die Tische waren um diese frühe Morgenstunde nur schwach besetzt.

Noch während Tonis Augen suchten, tat sich hinter ihr die Tür auf. Das Mädel wandte den Kopf.

„Rainer!"

Ja, da stand er unmittelbar vor ihr. Sein hübsches Jungengesicht war noch bleicher, als gewöhnlich. Die schwarzen Augen flackerten unruhig, und der Mund war seltsam rot.

„Grüß Gott, Toni! Wir haben uns eine kleine Ewigkeit nicht gesehen." Das klang kameradschaftlich und doch völlig unverbindlich.

Das Mädel wich und wankte nicht.

„Du willst einen Aufstieg wagen?" Sie deutete auf Rucksack und Seil.

Vidor nickte bejahend. Dann, auf einen der leeren Tische weisend: „Wollen wir uns nicht setzen? Ich will rasch frühstücken".

Toni war einverstanden.

„Warum willst du hinauf?" fragte sie unvermittelt, nachdem sie ihre Bestellung aufgegeben hatte.

Vidors Blick hing verloren an der gegenüberliegenden Felswand.

„Das Totenkirchl war mir von jeher der liebste Kletterberg. An ihn knüpfen sich meine schönsten Erinnerungen." Und leiser: „Ich habe ihn vor vielen Jahren einmal in Gesellschaft eines Wiener Mädels gemacht, das sich heldenhaft hielt, später aber an einer leichten Stelle des Dachsteins verunglückte."

Toni war überzeugt, daß Vidor die Wahrheit sprach. Warum sollte der leichtsinnige und leichtlebige Vidor nicht ein begeisterter Bergsteiger sein? Man darf die Menschen nicht schlechter beurteilen, als sie sind.

„Viele Bergsteiger verunglücken an revality ungefährlichen Stellen . . ." sagte die Münchnerin leise.

Vidor wechselte plötzlich das Thema.

„Kommst du um dein Darlehen? Ich hatte es gestern an dich abgeschickt . . ."

Das Mädchen überlegte . . . Sollte es hier mit der hochnotpeinlichen Frage herausrücken? Die Zeit drängte. Soeben brachte die Wirtstochter das Frühstück.

Ein kurzer Blick in die Runde, niemand achtete auf das Pärchen. Also los!

„Rainer . . ." sie beugte sich etwas vor, hielt ihn fest in der Zange ihres Blickes, „ich bin nicht gekommen, um die paar Mark zurückzufordern, die ich dir lieh, sondern es geht um mehr: Du wirst mir sogleich die Zeichnung geben, die Kerkhoff gehört."

Vidor geriet offentsichtlich in einige Verlegenheit. Aber nur für eine Sekunde. Dann griff er zur Milch und führte sie zum Munde, auf diese Art Zeit gewinnend, um sich zu fassen.

„Ich weiß nicht, was du meinst, Toni," sagte er seelenruhig, Butter auf das Brot streichend, ohne sich in dieser angenehmen Beschäftigung stören zu lassen.

Das scharfsinnige Mädel geriet einen Augenblick in einen Wirbel von Zweifeln. Dieser Mensch gab sich verblüffend sicher!

Schließlich raffte Toni alle Energie zusammen, sagte ihm auf den Kopf zu: „Ich meine die Blaupause, die du in jener Nacht an dich nahmst, während ich Tee kochte." Und eindringlicher fortfahrend, über den Tisch hinweg seine Hand fassend: „Es handelt sich um eine Erfindung Kerkhoffs, für die ich verantwortlich bin. Mir wird nun alle Schuld in die Schuhe geschoben — — kannst du das wollen?"

Ausgerechnet in dieser Minute mußte sich Vidor seiner Wohltäterin erinnern! Wie sie sich seiner in München angenommen, wie sie ihm den Schlüssel zur Jagdhütte in die Hand gedrückt hatte . . . Das war eine fatale Gefühlsregung, die unter allen Umständen niedergekämpft werden mußte!

Aber Toni war auf der Hut. Sie witterte gleichsam ihren Vorteil. Jetzt oder nie mußte Vidor Farbe bekennen!

„Wenn du die Zeichnung nicht hast, dann schwöre!" forderte sie nachdrücklich, auf das Kreuz im Herrgottswinkel zeigend.

Vidor sah auf. Sein Blick verfing sich am Nordwestgrat des Totenkirchls. Dahinauf wollte er — —und jetzt schwören, angesichts des schweren Felses, in dessen Rinnen und Kaminen der Tod lauerte?

Nein, das ging ebenso wenig, wie unter dem Kreuz! Das konnte selbst Vidor nicht . . .

Er würgte den letzten Bissen hinunter. Dabei fand er eine Lösung.

„Gut, daß du gekommen bist, Toni. Ich will morgen nach Hamburg fahren und von da nach Südamerika. Rio. Ich habe keine Menschenseele auf der weiten Welt, die mir näher steht, als du. Fahr mit, Toni! Als meine Sekretärin. Drüben kann ich eine zuverlässige Person für mein Geschäft gebrauchen. Ich gebe dir dasselbe Gehalt, das du bei Kerkhoff beziehst."

Das kam überraschend. Als sich Toni vom ersten Staunen erholt hatte, sagte sie leise, aber bestimmt: „Du weichst aus, Rainer! Was hat das alles mit der Zeichnung zu tun?"

Nun mußte er Farbe bekennen.

„Wenn du es durchaus wissen mußt: Sehr viel! Ich denke so: Du gehst mit mir nach Rio oder kommst in kurzer Zeit nach. Drüben beginnen wir ein neues Leben. Wenn wir zusammenpassen, heiraten wir. Ich baue auf die Kerkhoffsche Erfindung auf. Die Sache ist sehr aussichtsreich. Sie ist mehr wert, als bares Geld. Wenn du wünschest, beteilige ich dich an den Erträgnissen dieser eisenbahntechnischen Neuerung."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg